

# Wir sind keine Straßendemokratie

VON PETER SCHALLENBERG

„Man muss auch an die Landwirtschaft denken!“ Unvergessen ist dieser Satz von Lorient, als lakonische Antwort auf Klagen über einen zu nassen April und einen zu trockenen Mai. Und in der Tat: Man muss tatsächlich an die Landwirtschaft denken, gerade in einer Zeit, in der nur noch maximal zwei Prozent der Erwerbstätigen dort beschäftigt sind – 1923 waren es rund 38 Prozent – und ein Großteil der Lebensmittel aus dem Ausland importiert wird. Denn die Bauern haben keine große Lobby mehr, um die Landwirtschaft hierzulande kein großes Aufhebungs gemacht. Das ist falsch gerade in Zeiten des Klimawandels und einer nachhaltigen Klimapolitik fatal, denn sorgfältige Landwirtschaft bedeutet ja bewusste Landschaftspflege, und keineswegs einfach nur billige Massenproduktion von Nahrungsmitteln. Der manchmal ideologisch unterfütterte Gegensatz zwischen einer hinterwälderischen, konservativen Bauerschaft einerseits und einer modernen, grünen Generation junger oder jung gebliebener Ökosozialisten andererseits führt in die demokratische Sackgasse. Gerade wer das Klima retten und nachhaltig wirtschaften will, ist auf eine moderne und landschaftspflegende Landwirtschaft angewiesen und sorgt sich um das nur scheinbar unbegrenzt zur Verfügung stehende öffentliche Gut der Natur, des Klimas und auch der schonenden Produktion von Lebensmitteln. Und daher sind Subventionen in der Landwirtschaft und für die Bauern sinnvoll und gut. Ob es der Agrar-Diesel sein muss, sei aber dahingestellt. Sie wird vermutlich in kommender Zeit schrittweise abgebaut werden, zugunsten etwa der Förderung von artgerechter Tierhaltung. Aber: Die in den letzten Tagen sehr radikalisierte Form des Protestes der Bauern durch Blockaden des öffentlichen Verkehrs halte ich für weit überzogen, gerade angesichts eines im Vergleich zu anderen europäischen Ländern grundsätzlich konsensorientierten Wirtschaftsmodells in Deutschland. Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, nicht in einer Straßendemokratie! Und das heißt grundsätzlich und für jede Lobby im Staat: Man protestiert an der Wahlurne, in Form von regelmäßiger Bewertung der Parteien durch die Bürger bei Wahlen. Und man geht in die Auseinandersetzung mit Argumenten ins Parlament. Argumente und Abstimmung sollen siegen, nicht die Macht von Traktoren. Und angesichts einer zunehmenden latenten Demokratieverdrossenheit in Teilen der Bevölkerung halte ich eine Radikalisierung dieser Straßenproteste für gut möglich. Die Straße ist – auch im Blick auf die am Ende radikalisierte Weimarer Republik – kein geeigneter Ort zur politisch aggressiven oder gar gewaltbereiten Demonstration, man denke an den Vorfall der Blockade der Fähre von Minister Habeck. Es gelten das Gewaltmonopol des Staates und das Entscheidungsmonopol des Parlamentes. Öffentliche Nötigungen zur Erzwingung von politischen Lösungen widersprechen unserer parlamentarischen Demokratie, auch im Fall übrigens der sinnlosen Streiks unter Federführung von Herrn Weselsky. Es gilt, ein gutes Gedächtnis bis zum Wahltag zu haben und dann entsprechend zu wählen: Das ist das gute Recht der Wähler. Aber auf den Straßen muss gewaltloser Friede das Recht haben!



**Der Autor ist Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle. Die Kolumne erscheint in Kooperation mit ihr. Foto: KNA**